

NW-Gespräch von Willy Spieler mit Fritz Vilmar : der Genossenschaftsgedanke bleibt von zentraler Bedeutung

Autor(en): **Spieler, Willy / Vilmar, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **98 (2004)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Genossenschaftsgedanke bleibt von zentraler Bedeutung

Fritz Vilmar ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin und einer der bedeutendsten Theoretiker des Demokratischen Sozialismus in Deutschland. Die «Wirtschaftsdemokratie» ist das zentrale Thema seiner Publikationen. Seit 1977 war Vilmar Mitglied der Grundwertekommission der SPD, die er allerdings 1984 wegen seiner Parteinahme für die Grünen verlassen musste. Zusammen mit Klaus-Jürgen Scherer hatte er zuvor «Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus» herausgegeben. Auch die Kritische Friedensforschung verdankt ihm wesentliche Impulse, zum Beispiel das Grundlagenwerk «Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus» (1965), das 1972 in 7. Auflage erschienen ist. Von Fritz Vilmar haben die Neuen Wege im Juli/August-Heft 2003 den Beitrag «Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus im 20. Jahrhundert» als (gekürzten) Vorabdruck für die Buchpublikation «Zur politischen Philosophie von Arnold Künzli» veröffentlicht. «Der Sozialismus» sei «zu einem Haufen kalter Asche geworden», lautete die traurige Bilanz des Verfassers. Mit einer öffentlichen Erklärung vom 11. November 2003 ist Fritz Vilmar nun auch noch aus der SPD ausgetreten. Wie er diesen Entscheid begründet, ob er überhaupt noch Perspektiven für einen demokratischen Sozialismus sieht und welche Partei oder Gruppierung dessen Trägerin allenfalls sein könnte, sind einige der Fragen im folgenden Gespräch. Der Redaktor hat es mit Fritz Vilmar am Rand eines Workshops von Studierenden der Soziologie der Uni Basel am 23. Januar 2004 geführt. Red.

Die SPD hat sich den Profitinteressen des Grosskapitals unterworfen

Willy Spieler: *Fritz Vilmar, Du bist nach mehr als 50 Jahren aktiver Mitarbeit aus der SPD ausgetreten. Ein solcher Entscheid kommt nicht über Nacht. Aber was hat dafür den Ausschlag gegeben?*

Fritz Vilmar: Nach Jahren aktiver Mitarbeit in der SPD musste ich mir Rechenschaft geben, dass die Partei unter Gerhard Schröder sich von jeden sozialdemokratischen Zielen entfremdet hat. Die SPD hat sich in einem solchen Ausmass den Profitinteressen des Grosskapitals unterworfen, dass sie nicht mehr meine Partei sein kann.

WS: *Und wie hat die Partei Deinen Austritt aufgenommen?*

FV: Schweigend – bis auf einen freundschaftlichen Brief von Michael Müller, einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, der meinen Schritt sehr bedauert hat. Er ist einer der wenigen verbliebenen Linken in der Partei – ein weisser Rabe.

WS: *Und wie hat die weitere Öffentlichkeit reagiert?*

FV: Einen gescheiterten Artikel hat nur das Neue Deutschland geschrieben. Und in der Frankfurter Rundschau wird demnächst ein grösserer Bericht erscheinen.

WS: *Die SPD ist zur Partei des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben geworden. Was hätte die Regierung von Schröder und Fischer für Alternativen? Das erste Mal, 1998, wurde sie ja gewählt, um die «Gerechtigkeitslücke» zu schliessen. Das hat damals eine Umfrage des Allensbach-Instituts für Demoskopie ergeben.*

FV: Diese Lücke ist inzwischen noch weit grösser geworden. Ja, es gäbe eine ganze Reihe von Massnahmen, die diese Regierung hätte treffen müssen und die weiss Gott nichts Grundstürzendes gewesen wären.

Erstens hätte man nach den letzten

Wahlen von dieser Partei eine offensive Auseinandersetzung mit der Politik des Kapitals erwartet, die dazu führt, dass die Welt, dass im speziellen auch Europa und Deutschland in eine *Konjunkturkrise* hineinschlittern. Diese kommt ja nicht vom Himmel, sondern hat etwas zu tun mit der Unfähigkeit der am Markt beteiligten Konzerne und ihrer Manager.

Zweitens hätte man von dieser Regierung eine offensive Politik zur *Umverteilung der Arbeitszeit* erwartet. Konzepte dazu liegen seit längerem vor. Ich selbst habe eines entwickelt. Jospin hat in Frankreich die 35-Stunden-Woche eingeführt, die etwa 400 000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten hat. Nach anfänglichem Widerstand wird die 35-Stunden-Woche nun so sehr akzeptiert, dass auch die konservative Regierung es nicht gewagt hat, dieses Gesetz zu kippen. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung könnte diejenigen belohnen, die Teilzeit arbeiten möchten, indem sie ihnen den versicherungsmathematischen Abschlag bei der Rente reduzierte. Überstunden könnten verboten, ihre Genehmigung an strikte Notfall-Voraussetzungen gebunden werden. Frühverrentung wäre eine weitere Möglichkeit, um die Arbeit besser zu verteilen.

Drittens denke ich an den *Ausbau der Mitbestimmung*. Wer hier Machtauseinandersetzungen fürchtet, der sollte an der Basis anfangen, wo es noch nicht um Kapitalmacht geht, und die seit langem von aufgeklärten Gewerkschaftern und Sozialwissenschaftlern geforderte Mitbestimmung am *Arbeitsplatz* einführen. Schon 1964 haben junge Pfarrer nachgewiesen, dass die Mitbestimmung durch Repräsentanten allein nicht genügt, sondern dass den Arbeitenden eine direkte Partizipation an ihrem Arbeitsplatz eingeräumt werden muss (vgl. Die Welt der Arbeiter. Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik, hg. von Horst Symanowski und Fritz Vilmar). Dazu gehörten die Arbeitsgruppenbesprechungen ...

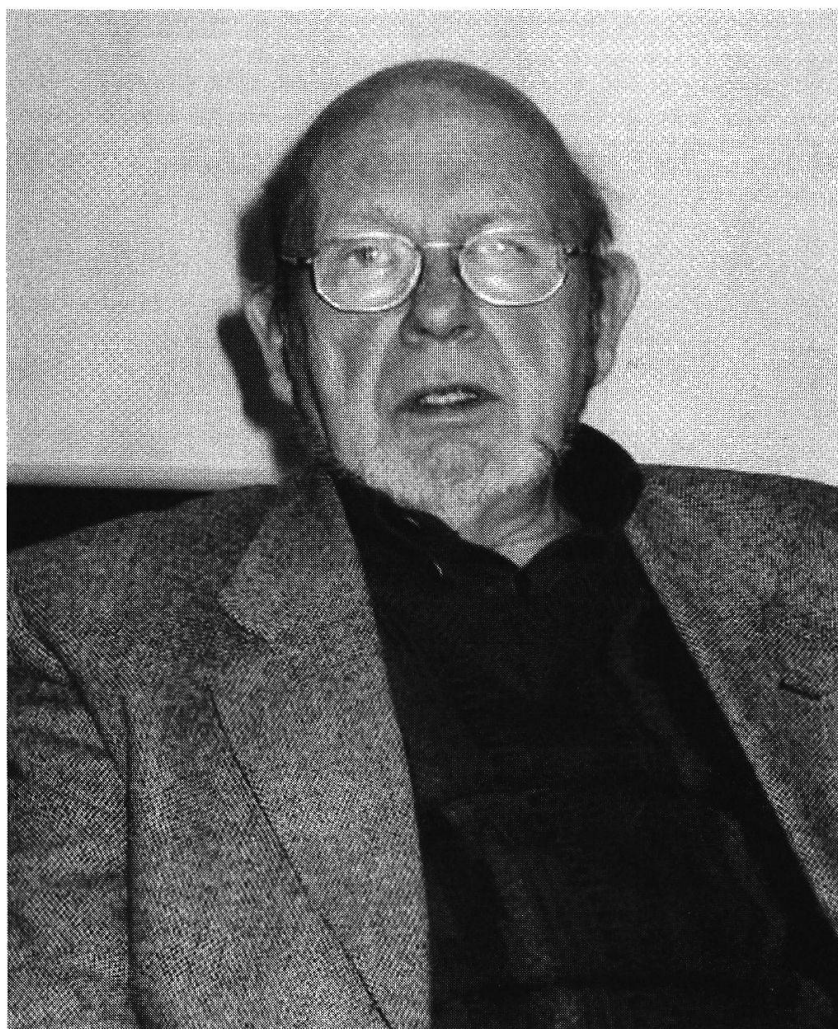
WS: ... in autonomen Arbeitsgruppen?

FV: Das wäre dann der nächste Schritt. Zuerst aber müssten diese teilautonomen Arbeitsgruppen-Besprechungen mit Entscheidungskompetenz gefördert werden.

WS: Und wie steht es um die Mitbestimmung auf Unternehmensebene?

FV: Natürlich gehört zu diesem dritten Punkt auch, dass man vorangeht in der allgemeinen Mitbestimmung. Die *paritätische Mitbestimmung* in der Grossindustrie gehört wieder auf die politische Tagesordnung. Natürlich gäbe es Krach. Aber es wäre das, was eine linke Regierung tun könnte.

«Die paritätische Mitbestimmung gehört wieder auf die politische Tagesordnung» (Fritz Vilmar beim NW-Gespräch an der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel).



Viertens sollte die *Steuerbelastung* umgekehrt werden. Anstatt diesen dysfunktionalen Steuerabbau zu betreiben, der die Reichen entlastet, die Armen mehr belastet und die Staatsschulden noch grösser macht, sollten die Besit-

zenden in einer moderaten Weise stärker belastet werden. Ich denke an die Anhebung der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer, an die Aufhebung des Ehegattensplittings, die Einführung einer Kommunalsteuer und die stärkere Verfolgung der Steuerhinterziehung. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaft (AAW) hat unter ihrem Koordinator *Rudolf Hickel* solche ökonomisch durchdachten Gegenvorschläge gegen die idiotische Ideologie des Neoliberalismus entwickelt und kommt dabei auf jährliche Mehreinnahmen von 130 Milliarden Euro.

«Demokratischer Sozialismus» ist eine hohle Nuss ohne Substanz

WS: *Du schreibst in der Erklärung zu Deinem Parteiaustritt, die SPD sei «geistig eine Tote, der man aus wahlpolitischen Gründen die Nachricht von ihrem Ableben noch nicht mitgeteilt» habe. Besteht denn gar keine Möglichkeit mehr, dass diese Partei sich erneuern kann?*

FV: Nach langem Überlegen muss ich sagen: Nein. Es gibt nicht wenige Linke in der SPD, aber die Führungspositionen sind in einem solchen Ausmass von angepassten Sozialdemokraten besetzt, dass es gar nicht mehr um Ziele, sondern nur noch um die *Machterhaltung* geht. Ich kann daher nicht glauben, dass diese Partei sich jemals noch zu einer sozialdemokratischen Re-Orientierung durchringen kann. Da müsste ein Wundertäter am Werk sein...

WS: *... oder eine massive Wahlniederlage zur Umbesinnung führen. Von ihren Niederlagen lernt die Linke vermutlich mehr als von ihren Siegen.*

FV: Ja, leider. Natürlich will ich nichts für alle Zeiten ausschliessen, aber für die absehbare Zeit ist keine Wende in Sicht.

WS: *Immerhin will die SPD den «Demokratischen Sozialismus» nicht aufgeben. Für dieses Markenzeichen kämpft zum*

Beispiel Wolfgang Thierse, der nicht nur Präsident des Bundestages, sondern auch Vorsitzender der Programmkommission ist.

FV: Die bloss verbale Aufrechterhaltung des Demokratischen Sozialismus wäre nur noch *dekorativ*...

WS: *... ein Etikettenschwindel?*

FV: ... die Fortsetzung eines Etikettenschwindels, um bestimmte Kreise in der Arbeiterschaft und bei den Jugendlichen zu beschwichtigen, dass es doch noch ein gemeinsames Ziel gebe. Aber das ist eine hohle Nuss ohne jede Substanz.

WS: *Geht es denn beim SPD-internen Streit um den Demokratischen Sozialismus nur um das Wort und nicht auch um den Inhalt?*

FV: Dabei geht es um das neue Grundsatzprogramm, das jedoch auf die lange Bank geschoben wurde. Die SPD-Verantwortlichen wollen Ärger vermeiden, gerade weil sie alle demokratisch-sozialistischen Ziele aus dem Programm kippen möchten.

WS: *Wenn die Linke in der SPD heimatlos geworden ist, wo kann sie eine neue Heimat finden? Etwa in der PDS, die den Demokratischen Sozialismus beerben möchte? Oder in einer neuen Partei?*

FV: Ich bin schon der Meinung, dass man in der PDS versuchen sollte, den dort zweifelsfrei vorhandenen Demokratischen Sozialismus zu vertiefen, so dass sich daraus eine klare Programmlinie ergibt. Freilich zeigt die PDS in der praktischen Politik sehr wenig Profil. In der theoretischen Debatte stellt sie sich wie ein grosses *Sammelsurium von linken Ideen* dar, die zwar nicht schlecht sind, denen aber die ordnende und strukturierende Hand fehlt. Man kann und soll bei der PDS mitarbeiten, nicht zuletzt, um sie aus dem ostdeutschen Ghetto zu befreien, aber ohne die Illusion, dass diese Arbeit keine schwierige sei.

WS: Hast Du selber Kontakte zur PDS?

FV: Ja, ich stehe z.B. in einem Briefwechsel mit *André Brie*, der Mitglied der PDS-Programmkommission ist. Dann wurde ich auch schon zweimal von einem Ortsverein der PDS in Berlin eingeladen. Ich führte schon eine Menge weiterer Gespräche als Initiator der «Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft», die seit 1993 in Klosterdorf bei Strausberg ein kibbuzähnliches Kommuneprojekt aufbaut.

Auch «Religiöser Sozialismus» wirkt antiquiert

WS: Du schreibst allerdings in dem in den Neuen Wegen erschienenen Beitrag: «Der Sozialismus ist nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch tot. Er muss als Zielbegriff für eine mehrheitsfähige Politik der sozioökonomischen Erneuerung aufgegeben werden.» Denkst Du dabei auch an den Demokratischen Sozialismus, gar an den Ökosozialismus, dessen prominenter Vertreter Du stets gewesen bist?

FV: Man kann politische Begriffe nicht beliebig aufrechterhalten und in die Zukunft verlängern, gewissermassen galvanisieren. Der Sozialismus ist sowohl durch die Sowjetunion und den osteuropäischen Realsozialismus als auch durch den Verfall seines Gedankengutes in der westeuropäischen Sozialdemokratie diskreditiert und zum toten Hund gemacht worden. Wer ernsthaft auf die Entwicklungen der Zeit und die Gefühle der Massen eingehen will, muss auch auf die Sprache achten. Ich sage das als Soziologe. Der Begriff «Sozialismus» kann zwar in der theoretischen Debatte noch gebraucht werden, aber in der öffentlichen Diskussion gehört er unter Quarantäne gestellt. An seiner Stelle möchte ich den Begriff der *gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung* verwenden und zugleich aufwerten.

WS: Aber diese «gesellschaftliche Substanzerweiterung des Demokratiebe-

griffs», wie Du sie auch genannt hast, ist doch nichts anderes als die «Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche», die schon die 68er Bewegung als wichtigste Forderung ihres «Demokratischen Sozialismus» begriffen hat. Und wenn Du dann gar von «Wirtschaftsdemokratie» sprichst, so ist auch dieser Begriff seit Fritz Naphtali synonym mit «Demokratischem Sozialismus». Warum also den Begriff «Sozialismus» aufgeben, statt seine guten Traditionen in Erinnerung zu rufen?

FV: Es gibt eben keine guten Traditionen mehr, die unter dem Namen des Sozialismus im Bewusstsein grösserer Teile der Bevölkerung verankert wären. Wenn Du hingegen vom Ausbau der Demokratie oder von Demokratisierung sprichst, dann verwendest Du einen positiven Begriff. Ihn sollte man besetzen und erweitern.

WS: In den Neuen Wegen erinnern wir uns an die eigenen Ursprünge im Genossenschaftssozialismus, den der Religiöse Sozialismus in Anlehnung an die Frühsozialisten vertreten hat. Wäre es nicht an der Zeit, diese Vordenker zu rehabilitieren?

FV: Auch der Religiöse Sozialismus steht vor der Notwendigkeit, sich anders zu nennen. Der Name wirkt doch etwas antiquiert. So schmerzhaft diese Erkenntnis ist, bin ich doch ernsthaft der Meinung, dass wir zu neuen Begriffen kommen müssen, wenn wir nicht ein immer kleineres Häufchen von alten Leuten sein wollen. Aber ohne jede Frage ist das, was wir unter Sozialismus verstehen, ein christlicher Gedanke.

WS: Aber auch «Christen» und «Christinnen» dürften wir uns nicht mehr nennen, wenn wir uns überlegen, was im Namen des Christentums alles angerichtet wurde.

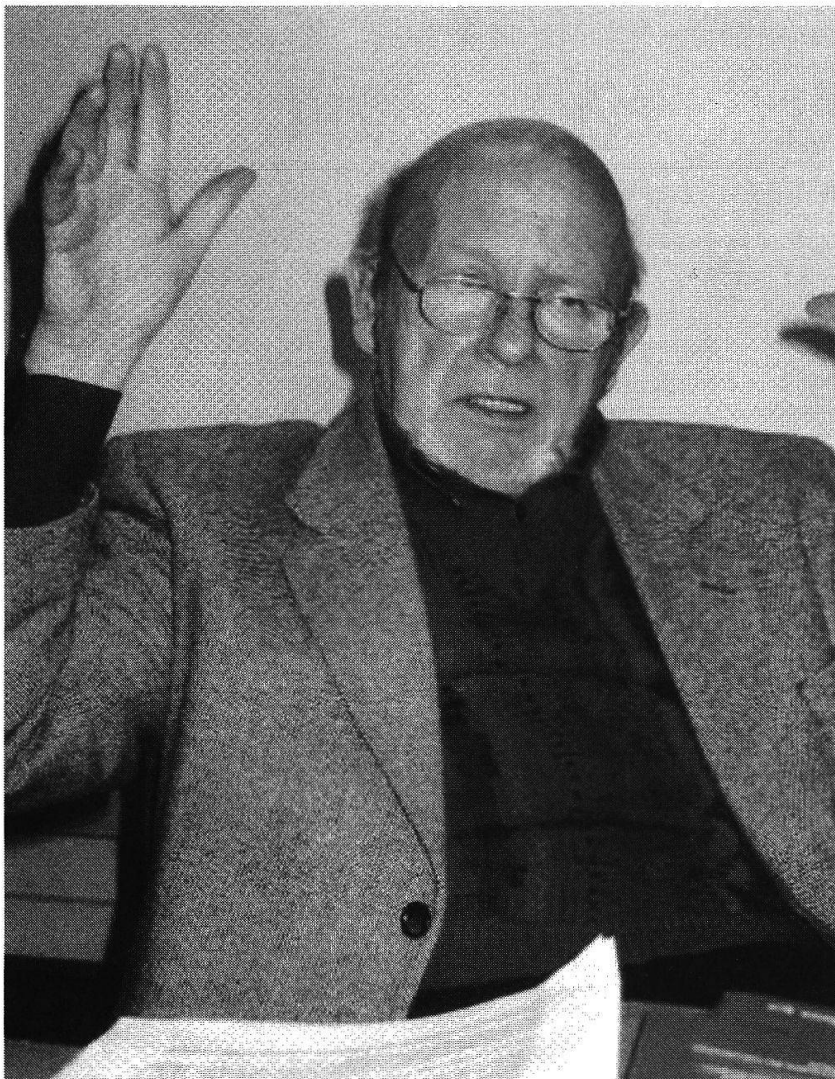
FV: Ich würde deshalb auch einen Namen suchen, der an den Namen Jesu anknüpft.

Gesamtgesellschaftliche Ziele sollten wir unter dem Stichwort «Demokratisierung» anstreben

WS: *Du schreibst in Deinem Artikel, dass Dir die Frühsozialisten als Vordenker nicht weniger wichtig sind als der Marxismus.*

FV: Der Genossenschaftsgedanke von Frühsozialisten wie Fourier und Proudhon bleibt von zentraler Bedeutung. Gesamtgesellschaftliche Ziele sollten wir, wie gesagt, unter dem Stichwort «Demokratisierung» anstreben – bis hin zur *Wirtschaftsdemokratie*. Wenn es darüber hinaus jemals so etwas wie Sozialismus oder klassenlose Gesellschaft geben

«Man kann und soll bei der PDS mitarbeiten» (Bilder: W. Spieler).



kann, dann ist dieses Langzeitziel nur durch eine *Graswurzelrevolution* erreichbar. Wir müssen an Hunderten und Tausenden von Orten kommunitäre und genossenschaftliche Strukturen anstelle

der bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufbauen.

WS: *Du schreibst, der dogmatische Gegensatz von Markt und Plan sei obsolet. Aber war das für das Prinzip «Wirtschaftsdemokratie» nicht schon immer klar? Ohne autonome Entscheidung der Betriebe und Unternehmungen gibt es ja auch keine Partizipation der Beschäftigten.*

FV: Ja, genau. Wirtschaftsdemokratie sieht nicht einen Gegensatz zwischen Plan und Markt, sondern will die sinnvolle Vermittlung zwischen beidem.

WS: *Insofern auch der Markt einer «Globalsteuerung» unterliegen müsste, wie Du schreibst. Wie sollen wir uns diese vorstellen?*

FV: Die *Staatsfinanzen* müssten erstens im Sinn eines längerfristigen Investitionshaushaltes festgeschrieben werden, wie es unser vergessenes Stabilitätsgesetz vorsieht. Zweitens müsste eine Globalsteuerung *Orientierungsdaten* für die Wirtschaft setzen, damit die Unternehmungen zu einem volkswirtschaftlichen Gleichgewicht von Gewinn und Kaufkraft, durch dringend erforderliche Lohnsteigerung – insbesondere im unteren Einkommensbereich – beitragen. Es ist unerträglich, wie Schröder heute die Gewerkschaften mahnt, bei Lohnverhandlungen Mass zu halten, und dabei völlig übersieht, wie schädlich sich die schwindende Kaufkraft der Arbeitenden auf die Binnenkonjunktur auswirkt. In einem dritten Schritt müsste die Wirtschaft mit einem System von Belohnung und Bestrafung dazu gedrängt werden, sich in diesem Korridor von Arbeitszeitverkürzungen und Investitionsmassnahmen sowie Massnahmen zur Einkommenssteigerung zu bewegen.

WS: *Wären diese Orientierungsdaten indikativ oder normativ?*

FV: In einer Marktwirtschaft sind sie indikativ und müssen es wohl auch blei-

ben. Aber auch mit indirekten Instrumenten kann man das Kapital in die gewünschte Richtung drängen, wie Jospin mit der Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich gezeigt hat.

Die Menschen wollen sich nicht jede Alternative nehmen lassen

WS: *Hat die Linke in Deutschland, hat nicht Deutschland überhaupt eine einmalige Chance verpasst, als die DDR nicht nur demokratisiert, sondern eben auch für privatkapitalistische Interessen «kolonialisiert» wurde? Ich denke an das, was einmal Volkseigentum hiess und über das die Menschen nach 1989 endlich demokratisch hätten verfügen können, an das demokratische Potential des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, an das Bodenrecht usw.*

FV: Selbstverständlich. Anstelle einer fairen Übernahme von wichtigen sozialen Elementen wie den genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben hat die Kohl-Regierung konsequent alles versucht, um sämtliche Errungenschaften des Sozialismus zu liquidieren. Man wollte nichts Sozialistisches am Leben erhalten, nicht ein Mischsystem mit guten Elementen von beiden Seiten, eine mixed economy, entwickeln. Die Kohl-Regierung wollte vielmehr alles ausrotten, was auch nur von Ferne nach Sozialismus riechen konnte. Selbst die staatlichen Polykliniken, in denen Ärzte gemeinsam praktizierten, mussten verschwinden.

WS: *In einem Artikel über die DDR erwähnst Du eine Umfrage, der zufolge 1999 immerhin 41,6% glaubten, die sozialistische Idee werde in Zukunft wieder aktuell werden.*

FV: Wie die Umfrage zeigt, haben sich auch in der DDR die Menschen nicht jeden Blick auf eine Alternative nehmen lassen. Sie wären wohl die ersten, die sich für ein *Programm der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung* gewinnen liessen.

WS: *Dein Beitrag, der in den NW erschienen ist, bekommt mit dem Phönix, der aus der kalten Asche des Sozialismus steigt, einen hoffnungsvollen Schluss. Wo ist dieser Phönix?*

FV: Erstens könnte durch die *Demokratisierung* in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Kindergärten etc. in sehr breiter Weise eine neue Zukunftsperspektive entstehen. Zweitens sehe ich gute Möglichkeiten, mit persönlichen Initiativen *genossenschaftliche und kommunitäre Gründungen* in die Wege zu leiten. Diese Gemeinschaften sind übrigens oft auch Wege aus der Not, zum Beispiel auch aus der Arbeitslosigkeit.

WS: *Du gehst mit dem guten Beispiel, nämlich mit Deinem Genossenschaftsprojekt in Klosterdorf, voran. Kannst Du es unseren Leserinnen und Lesern kurz vorstellen?*

FV: Die *Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft* (ÖkoLeA) wurde 1990 gegründet. Seit 1993 bauen wir in Klosterdorf bei Strausberg (zwischen Berlin und Frankfurt/Oder) in einem alten märkischen Hof unser Gemeinschaftsprojekt auf, in dem Menschen in ökologischer und sozialer Verantwortung selbstbestimmt leben und arbeiten (www.oekolea.de).

Wir haben eine gemeinsame Hauswirtschaft. Unsere Projekte sind: 1. der *biologische Gartenbau* (seit 1995 auch als Lehrgarten dienend), 2. eine *biologische Holzofenbäckerei* und 3. das *ÖkoLeA-Bildungswerk*, eine Bildungs- und Begegnungsstätte.

Unsere Ziele und Regeln des Zusammenlebens haben wir, nach gründlichen Beratungen, in einer *«Gemeinschaftsordnung»* verabschiedet. Unsere wichtigsten Grundsätze sind: 1. Wir entscheiden basisdemokratisch – durch Konsens. 2. Die Lebenshaltungs- und Projektkosten finanzieren wir aus einer gemeinsamen Kasse, in die jede/r ca. 50 % des Nettoeinkommens einzahlt. 3. Unsere Liegenschaften und Unternehmen sind

und bleiben Gemeinschaftseigentum. 4. Um allen die Möglichkeit sowohl von Gemeinsamkeit als auch von Zurückgezogenheit zu geben, schaffen wir Gemeinschaftseinrichtungen, aber auch individuelle Wohnungen/Wohnräume. 5. Wir bauen patriarchale Verhaltensweisen konsequent ab. 6. Beim (Aus-)Bau unserer Gebäude berücksichtigen wir soweit wie möglich die Konzepte ökologischer Bauweise. 7. In der Hauswirt-

schaft achten wir auf die Erhaltung der Ressourcen, die Schonung der natürlichen Umwelt und die Erzeugung und Zubereitung biologisch einwandfreier Nahrung.

Wir haben uns verpflichtet, unsere Projekte als Teile eines Modells zu entwickeln, das allen Interessierten die Möglichkeit zum sozial-ökologischen Lernen bietet.

WS: *Gerne berichten wir in den Neuen Wegen auch künftig über dieses Projekt und weitere «Inseln der Zukunft», die dem Phönix vielleicht doch noch auf die Beine helfen.*

Zukunftsträchtig sind auch die globalisierungskritischen Bewegungen, die «altermondialistes», vor allem das Weltsozialforum. In Deutschland gibt es im Moment eine starke Protestbewegung der Studierenden, ja, es gibt weltweit immer mehr Streikbewegungen. Da tut sich was, auch wenn es noch kein Phönix ist.

FV: In der Tat tut sich in Bewegungen wie ATTAC etwas, auch wenn sie noch zu anarchisch und zu wenig strukturiert auftreten. Vor lauter Angst, in die Parteilage zu geraten, wollen sie sich überhaupt nicht programmatisch strukturieren, abgesehen von der immer wiederholten Tobin-Steuer.

Auch die Studierenden wollen sich nicht mehr alles gefallen lassen. Ich bin daher zuversichtlich, dass sich diese Bewegungen verstärken können, wenn zurzeit auch noch an den Parteien vorbei. Die PDS hat nicht genügend Anerkennung. Und die SPD hat den Respekt verloren.

WS: *Die SPD steht ja nun auch auf der anderen Seite. Gegen sie wird protestiert.*

FV: Ja eben. Aber ich bin völlig mit Dir einig, dass auf dieser Schiene der globalisierungskritischen Organisationen und Sozialforen eine *neue ausserparlamentarische Kultur* am Werden ist. ●

Ich habe nie geglaubt, dass Sozialisten sozialer sind als andere, nur weil sie sich Sozialisten nennen. Es hat nie ein sozialdemokratisches Programm für Europa gegeben. Es hat nie eine wirkliche Übereinstimmung zwischen den Auffassungen von Jospin und Blair gegeben. Vielmehr habe ich bei den Treffen des Europäischen Rats immer wieder linke Ministerpräsidenten erlebt, die sich in allen Punkten klar rechts von mir positionierten.

Jean-Claude Juncker, christlichsozialer Ministerpräsident von Luxemburg, TA, 18. Juni 2002

Ich teile die Meinung meines Freundes Willy Brandt, der einmal gesagt hat: Jemanden, der das Wort «Sozialismus» nicht auszusprechen wagt, halte ich nicht für einen richtigen Sozialdemokraten.

Michail Gorbatschow, Spiegel, 20. Oktober 2003

wenn der Markt zum Götzen gemacht wird?

Vollends zynisch wirkt das Argument, dass die *Globalisierung in der Schweiz* anders aussehe als in einem *afrikanischen Drittweltland*. Als ob es zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern keinerlei Zusammenhang gäbe. Christen des Nordens, die zu den Gewinnern zählen, sollten nicht so fahrlässig daherreden. Worauf es für unser Christsein ankommt, ist auch nicht, wo wir leben, sondern dass wir mitten in der Welt, im «Herzen der Welt» leben und uns «dem Globus als Ganzem verantwortlich zuwenden», wie der brasilianische Befreiungstheologe *Paulo Suess* sagt.¹⁰

Krieg spitzt seine Polemik zu mit der Frage: «Könnte es sein, dass eine kleine <pressure group> sich mittels eines weltweiten Prozesses ein reformiertes Lehramt einrichtet?» Und erst noch eines, das wie die Taskforce des Weltbundes nur aus «Leuten des Nordens» bestehe, was schlicht «Kolonialismus» sei. Aber haben diese «Leute des Nordens» nicht von der *Theologie der Befreiung* (im Kontext des Südens!) gelernt? Und gab und gibt sich diese Taskforce nicht alle Mühe, den «Bekenntnisprozess» an die Basis der reformierten Kirchen zu tragen, während am Zürcher Hirschengraben 50

alles unternommen wird, um diesen Bekenntnisprozess madig zu machen? Die Gegenfrage sei erlaubt: Könnte es sein, dass sich hinter dieser Kritik eine «Hofethik» verbirgt, die mehr den Interessen der – wohl nicht nur geographisch nahen – Zürcher Bahnhofstrasse als dem «Leben in Fülle» dient? ●

¹ Zeichen der Zeit: Die Überwindung des Kapitalismus – ein «Processus confessionis» für den Reformierten Weltbund, in: NW 1997, S. 366ff.

² Vgl. den neuen Text auf der Homepage des RWB: «From Debrecen to Accra», Nr. 30ff. (www.warc.ch).

³ Die Hoffnung kann nicht scheitern, in: NW 1996, S. 362ff.

⁴ Den Kapitalismus vom Glauben her in Frage stellen, in: NW 2003, S. 168ff.

⁵ Jürg Liechti-Möri, Berner Kirche in der Globalisierungsdebatte, in: NW 2004, S. 109ff.

⁶ Die Referate sind dokumentiert auf: www.sek-feps.ch. Eine Kurzfassung des Referats Krieger ist in der «reformierten presse» erschienen (21.5.04).

⁷ Zu beachten wäre auch die «Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens», verabschiedet vom Forum der Mitgliedskirchen des RWB aus Ländern des Südens, Buenos Aires, 23.–27. April 2003 (<http://www.warc.ch/24gc/rw041/04-g.pdf>).

⁸ Vgl. Zeichen der Zeit: «Götze Markt» oder Zehn Dogmen des Neoliberalismus, in: NW 1999, S. 230ff.; Eine Enzyklika wider den Neoliberalismus?, in: NW 1999, S. 17ff.

⁹ So die Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (1987), Nr. 16, 36f.

¹⁰ Wir und die Anderen – Zuhause in einer globalisierten Welt?, in: Orientierung 1998, S. 220.

Wer rettet den Schachautomaten?

(Replik zu den Beiträgen von Fritz Vilmar in NW 7-8/2003 und 3/2004)

Meine frühere Tätigkeit in der (Elektronik-) Industrieverhalfr mir zur wichtigen Erkenntnis, dass die *marxistische Kapitalismuskritik*, die Ausweitung der Aufklärung auf den sozio-ökonomischen Bereich, nichts an Aktualität eingebüsst hat, auch wenn das viele Linksintellektuelle heute in Abrede stellen. Während meiner Zeit in der Industrie musste ich allerdings konsterniert feststel-

len, dass die Mehrzahl der *Arbeiter/innen und einfachen Angestellten* (ganz besonders der schweizerischen) das Wirtschaftssystem, das sie ausbeutet, entfremdet, stresst und krank macht, nicht mehr kritisch hinterfragt, sondern *konformistisch* mitträgt. Darum wundert es mich auch nicht, dass ein Grossteil der Stammwähler/innen der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt hat und heute *reaktionären Rattenfängern* wie Blocher, Berlusconi und Konsorten folgt und damit ins eigene Verderben läuft. Dass die *etablierte Sozialdemokratie* Europas mit ih-

rer Ideologie der «neuen Mitte» Mitverantwortung für diese fatale Irreführung des Proletariats trägt, ist unverzeihlich.

Ein Haufen kalter Asche?

Die schonungslose Analyse des Sozialismus durch Fritz Vilmar in NW 7-8/2003 lässt das Prinzip Hoffnung zur realitätsfremden Illusion werden. Für Vilmar hat sich der Sozialismus in einen «*Haufen kalter Asche*» verwandelt (als ob «Sozialismus» eine Zigarettenmarke wäre). Hat er damit Recht? Er hat Recht angesichts des Scheiterns sowohl des *totalitären Pseudosozialismus*, der das komplette Gegenteil des von Marx anvisierten «Reiches der Freiheit» war, als auch der *real existierenden Sozialdemokratie* und der daraus folgenden marginalen Bedeutung, die der Sozialismus in Theorie und Praxis heute aufweist. Was der Philosoph *Walter Benjamin* in seiner ersten geschichtsphilosophischen These über die Theologie seiner Zeit schrieb, trifft auf den *aktuellen Sozialismus* zu, der «heute bekanntlich klein und hässlich ist und sich ohnehin nicht darf blicken lassen».

Fritz Vilmar hat aber Unrecht, wenn er deswegen vorschnell auf die weitere Verwendung des Begriffs «Sozialismus» verzichtet. Sozialismus ist der historisch gewachsene Name für eine *Alternative zum Kapitalismus*. Diese heisst deshalb sozial(istisch), weil sie den arbeitenden *Menschen* in den Mittelpunkt des Wirtschaftssystems stellen will, während sich im herrschenden System des Kapital(ismu)s alles um den *Mammon* dreht: «Am Ende der Aufklärung steht das Goldene Kalb» (Max Frisch). Wer den tradierten Begriff «Sozialismus» nicht mehr verwendet, stellt damit bewusst oder unbewusst die Möglichkeit einer Systemalternative in Frage und driftet ab in den gefährlichen Kältestrom der *alternativlosen «Tinakratie»*, die Willy Spieler in NW 12/2003 kritisiert hat.

Hohle Nuss ohne jede Substanz?

In NW 3/2004 vergleicht Fritz Vilmar den demokratischen Sozialismus mit einer «*hohlen Nuss ohne jede Substanz*». Dabei vergisst der linke Theoretiker, dass – wie die moderne Physik herausgefunden hat – die Abwesenheit von Materie (Substanz) nicht bedeuten muss, dass auch *Energie (Idee)* fehlt. So, wie sich physikalische Energie

unter bestimmten Bedingungen in Materie verwandelt, lassen sich politische Ideen unter gewissen Voraussetzungen praktisch verwirklichen. Eine *gesellschaftliche Materialisation der sozialistischen Idee* ist aber endgültig zum Scheitern verurteilt, wenn die sozialistische Idee selber auf den Müllhaufen der Ideengeschichte geworfen wird, bloss weil die bisherigen Versuche einer solchen Materialisation misslungen sind. In diesem Fall würde auch die bereits erwähnte eindrückliche These von *Walter Benjamin* zur Makulatur und sein *raffiniertes Schachautomat* zum Wrack.

Benjamin schrieb: «Bekanntlich soll es einen Automaten gegeben haben, der so konstruiert gewesen sei, dass er jeden Zug eines Schachspielers mit einem Gegenzuge erwidert habe, der ihm den Gewinn der Partie sicherte. Eine *Puppe in türkischer Tracht*, eine Wasserpfeife im Munde, sass vor dem Brett, das auf einem geräumigen Tisch aufruhete. Durch ein System von Spiegeln wurde die Illusion erweckt, dieser Tisch sei von allen Seiten durchsichtig. In Wahrheit sass ein *buckliger Zwerg* darin, der ein Meister im Schachspiel war und die Hand der Puppe an Schnüren lenkte. Zu dieser Apparatur kann man sich ein Gegenstück in der Philosophie vorstellen. Gewinnen soll immer die Puppe, die man «*Historischen Materialismus*» (resp. «Sozialismus» – M.S.) nennt. Sie kann es ohne weiteres mit jedem aufnehmen, wenn sie die *Theologie* (resp. Ethik – M.S.) in ihren Dienst nimmt, die heute bekanntlich klein und hässlich ist und sich ohnehin nicht darf blicken lassen.»

Mehr als 60 Jahre nach der Niederschrift von Benjamins berühmten 18 Thesen «Über den Begriff der Geschichte» müssen sich jene Linken, die sich nicht mit einer kosmetischen Reformierung des *Kapitalismus* begnügen, sondern ihn *überwinden* wollen, die unausweichliche Frage stellen: Wer rettet den Schachautomaten?

Mit Sonntagsspaziergängen die Welt verändern?

Im Gegensatz zu den stromlinienförmigen *Mainstream-Linken* haben die *Neuen Wege* Kanten und Ecken und halten unbeirrt am Sozialismus fest. Deshalb verdienen sie Beachtung, Lob und Unterstützung.

Auch für die von der Befreiungstheologie beeinflussten *indigenen Zapatistas* im mexi-

kanischen Chiapas bleibt ein undogmatischer Sozialismus ihre «Hoffnung, die einzige Hoffnung in der diesseitigen Welt» (Subcomandante Marcos). Die Idee des *Sozialismus*, der ökosoziale Gerechtigkeit und radikaldemokratische Freiheit vereint, lässt sich in denselben Worten ausdrücken, mit denen die Zapatistas ihre «Rebellión de la dignidad» (Aufstand der Würde) definieren: Sie ist «nicht eine politische Revolution, sondern eine *menschliche Revolution*; nicht eine Revolution für die Macht, sondern eine *Revolutionierung der Macht*; nicht eine Revolution einer Partei, sondern eine *Revolution der Menschheit*; nicht eine Revolution des Ausschlusses, sondern eine *Revolution der Integration*; nicht eine Revolution der Waffen, sondern eine *Revolution des Geistes*».

Am diesjährigen Gegengipfel zum Davoser «World Egoistic Forum», am in Mum-

bai (Bombay) über die Bühne gegangenen *Vierten Weltsozialforum*, monierte die indische Schriftstellerin und Globalisierungskritikerin *Arundhati Roy*: «Mit Sonntagsspaziergängen kann man die Welt nicht verändern». Sie hat Recht, denn um das (*Welt-*)*System radikal zu verändern*, braucht es kreative Phantasie, unbeugsame Zivilcourage, zähe Ausdauer, globale Vernetzung und charismatisches Vermögen, die Volksmassen für die eigene Sache zu gewinnen. Nur einer ethisch fundierten und engagierten Linken, die diese Fähigkeiten entwickelt, wird es gelingen, den Benjaminschen *Schachautomaten zu retten*, mit seiner Hilfe das spätkapitalistische Zwangssystem eines schönen Tages schachmatt zu setzen und durch eine sozialistische Alternative, die diesen Namen verdient, zu ersetzen.

Maximilian Schürmann

Fritz Reheis, Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus. Riemann-Verlag, München 2003. 320 Seiten, EUR 20.00.

«Entschleunigung» ist ein bescheidener Titel für das, was Fritz Reheis vorlegt: ein *eigentliches Lehrbuch* über Ursachen, Auswirkungen und Therapiemöglichkeiten des Turbokapitalismus.

Ein Blick in die Studienfächer des Autors erklärt die wissenschaftliche Bandbreite seines Werks, die beim Lesen immer wieder erstaunt: Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Pädagogik, Soziologie und Philosophie. Heute ist er als Lehrbeauftragter für Politik, Zeitgeschichte, Soziologie und Pädagogik an mehreren deutschen Hochschulen tätig. Dieser Hintergrund prägt sein Buch: pädagogisch im Aufbau, akribisch im Detail, systematisch, systemisch und systemkritisch in den Zusammenhängen. Reheis erscheint einmal als Faktensammler, dann wieder als interdisziplinärer Tausendsassa. Aber hier wie dort ist er stets ein scharfer, kritischer Denker.

Ausgangspunkt sind der *Stress* und der *Leistungsdruck* an Schulen und am Arbeitsplatz sowie die daraus resultierenden psychischen Belastungen. Das Fazit der Sozialwissenschaftlerin *Tatjana Fuchs*, welche die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und -belastungen in Deutschland untersucht hat, wird zitiert: «Erstmals in der Geschichte der

Industrialisierung bewirbt sich die jüngste Generation der Erwerbstätigen um Arbeitsplätze, die schlechtere Rahmenbedingungen aufweisen als die Arbeitsbedingungen ihrer Eltern. Das ist ein dramatischer Umbruch.»

Ein Kapitel ist den entsprechenden *Symptomen* gewidmet: Schwindelgefühle, Kopfweg, Schlaflosigkeit, Magenbeschwerden, Herzrhythmusstörungen, Allergien, Krebs, schwindende Fruchtbarkeit, Drogenkonsum. Damit einhergehend eine Vervielfachung des Anteils der *Gesundheitskosten* am Sozialprodukt. «Unsere Psyche wird schneller mit fremden Reizen, unser Körper wird schneller mit fremden Stoffen bombardiert, als sie jeweils verarbeiten können. Die Konsequenz: Das psychische und das körperliche Immunsystem spielen verrückt.»

Erfurt und der *11. September 2001* sind Krisensymbole. In beiden Fällen richtete sich die Tat gegen Institutionen, in der Lebenschancen verteilt werden. Damit folgt die Ausweitung des Blicks: das Auseinanderfallen der Welt in Reich und Arm, in Schnelle und Langsame; Zahlen zum Zinseszins-effekt des *ausbeuterischen Nord-Süd-Handels*; Hinweise auf den *Raubbau an der Natur* und auf den Verteilungskampf um die letzten *Ressourcen der Erde*. «Das Hamster-rad führt zur Erschöpfung – der Innenwelt, der Mitwelt und der Umwelt des Menschen.»

